Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Aelteste Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Für einen Monat 2 Goldmark mit Zutragen, einzelne Nummern 15 Goldpfennige. Gemeinde-Verbands-Girokonto Nummer 3. Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nummer 3. Postscheckkonto Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreis: Die 42 Millimeter breite Petitzeile 20 Goldpfennige, Eingesandt und Reklamen 50 Goldpfennige.

Verantwortlicher Redakteur: Felix Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 272 | Dienstag, am 24. November 1925 | 91. Jahrgang

Der Aktiengesellschaft **Kraftwerk Freital** in Freital ist zur Errichtung der **Wasserkraftanlage** an der Wilden Weißeritz in **Tharandt** das Enteignungsrecht verliehen worden. Das Enteignungsverfahren wird im abgekürzten Verfahren nach §§ 67 flgde. des Enteignungsgesetzes vom 24. 6. 1902 durchgeführt.

Die vom Finanzministerium am 7. Oktober 1924 genehmigten Enteignungsunterlagen liegen **vom 26. November 1925 bis mit 17. Dezember 1925** in der Amtshauptmannschaft Dresden (Johannstraße 23, Zimmer 206) während der Geschäftsstunden zugleich für die Unternehmerin zu jedermanns Einsicht aus.

Widersprüche gegen die bevorstehende Enteignung oder gegen die Enteignungsunterlagen sind bei sonst eintretendem Verluste entweder vor oder spätestens im Enteignungstermine bei der Enteignungsbehörde anzubringen.

An die Nebenberechtigten, denen ein dingliches Recht am Gegenstande der Enteignung oder ein darauf bezügliches persönliches Gebrauchs- oder Nutzungsrecht zusteht, ergeht die Aufforderung, solche Rechte und die hieraus abzuleitenden Entschädigungsforderungen spätestens im Enteignungstermine anzumelden, widrigenfalls sie die in diesem Termine getroffenen Festsetzungen gegen sich gelten zu lassen haben und bezüglich des Rechts auf besondere Entschädigung im Enteignungsverfahren der Gefahr des Verlustes ausgesetzt sein würden.

Werden von heute ab auf den von der bevorstehenden Enteignung betroffenen Grundstücken Neubauten, neue Anpflanzungen oder sonstige neue Anlagen geschaffen, ohne daß sie durch die Notwendigkeit oder durch ordnungsmäßige Bewirtschaftung geboten wären, so können die Entschädigungsberechtigten hierfür und für die hierdurch herbeigeführten Wertserhöhungen Entschädigung nur fordern, wenn die Anlagen mit Zustimmung der Unternehmerin ausgeführt worden sind oder soweit dadurch der Wert des Grundstückes für das Unternehmen selbst erhöht worden ist. Für die Weiterführung bereits begonnener Anlagen gilt diese Beschränkung nur, soweit den Entschädigungsberechtigten die Weiterführung auf Antrag der Unternehmerin untersagt worden ist. Die Entschädigungsberechtigten dürfen die Anlagen, für die ihnen hiernach kein Entschädigungsanspruch zusteht, bis zur Ueberweisung des Grundstückes wegnehmen.

Diese Vorschriften gelten entsprechend, und zwar auch gegen Dritte, wenn die Entschädigungsberechtigten von heute ab dritten Personen Rechte am Grundstücke oder persönliche Nutzungs- oder Gebrauchsrechte eingeräumt haben, durch deren Berücksichtigung sich der Betrag der von der Unternehmerin zu leistenden Gesamtentschädigung erhöhen würde.

Die Beteiligten haben solche nur ihnen bekannte Umstände, aus denen Ansprüche auf außergewöhnlich hohe Entschädigungen hergeleitet werden können, im Enteignungstermine anzuzeigen, widrigenfalls diese Umstände bei der Entschädigungsfeststellung im Enteignungsverfahren nicht berücksichtigt werden würden.

Dresden, am 23. November 1925.

Amtshauptmannschaft Dresden als Enteignungsbehörde.

Zollfreies Gefrierfleisch betr.

In den hiesigen Fleischereien gelangt von **Mittwoch, den 25. d. M. ab** zollfreies (verbilligtes) Gefrierfleisch zum Verkauf. Die darüber erlassene Polizeiverordnung hängt im Anschlagkasten des Rathauses aus.

Stadtrat Dippoldiswalde, am 24. November 1925.

Am 1. Dezember 1925 findet eine

Viehzählung

statt. Die Zählung hat sich auf die Zahl der viehbesitzenden Haushaltungen, Pferde, Maultiere und Maulesel, Esel, Rinder, Schafe, Schweine, Ziegen, Federvieh, Kaninchen und Bienenvölker zu erstrecken.

Den mit der Zählung beauftragten Polizeibeamten sind die erforderlichen Auskünfte zu erteilen.

Die Viehbesitzer bezw. deren Stellvertreter haben die Zählungsergebnisse in den Zählungslisten durch Unterschrift zu bestätigen.

Dippoldiswalde, am 23. November 1925. **Der Stadtrat.**

Oertliches und Sächsisches

Dippoldiswalde. Bei 2° über Eispunkt schneite es heute vormittag zeitweise wieder recht lebhaft.

Dippoldiswalde. Nach längerer Pause hielt Montag abend die hiesige privilegierte Schützengesellschaft im „Amtshof" eine Vorstandssitzung ab, die fast vollzählich besucht war. Hauptmann Schwind als Vorsitzender eröffnete die Sitzung mit der Mitteilung, daß zwei Gesuche eingegangen seien, worin wegen Verkauf und wegen Verleihung des Schützenzeltes angefragt wird. Beide Gesuche wurden abgelehnt. Des weiteren erstattete er kurzen Bericht über die am 18. d. M. in Stadt Bärenstein stattgefundene Vorstandssitzung des Weißeritz-Müglitztaler Schützengaues, welche in der Hauptsache mit dazu gedient hat, die Tage festzulegen, an welchen die Schützenfeste der dem Gau angehörenden Gesellschaften 1926 stattfinden sollen, um einem Zusammenfallen, wie in diesem Jahre, aus dem Wege zu gehen. Das hiesige Schützenfest wird am 18.—20. Juli stattfinden. Ein weiterer daselbst gefaßter Beschluß besagt, daß fernerhin die das Schützenfest besuchenden Fieranten, nur auf einen Platz bestimmt rechnen können, wenn sie einen vom Gau herausgegebenen Vertrag unterschriftlich anerkennen. Nach diesem Bericht erfolgten Beschlüsse zunächst darüber, daß am 9. Januar 1926 in „Stadt Dresden" die Hauptversammlung stattfindet (Einladung mit Tagesordnung erfolgt durch diese Zeitung); daß das Konventvergnügen am 1. Februar in Form eines Gesellschafts-Maskenballes im Tanzpalast Schützenhaus stattfinden soll, wozu die hiesigen Vereine eingeladen werden. Nach diesen Beschlüssen erfolgte die Vorberatung wegen Gründung einer Jungschützen-Abteilung. Als Richtlinien dazu sollen die Satzungen der bereits in Schneeberg bestehenden derartigen Abteilung dienen. Auch zu diesem Punkte muß die Hauptversammlung gehört werden. Ueber eine Reihe von Eingängen wurde zum Teil Beschluß gefaßt, zum Teil wurde Kenntnis genommen. Zum Schluß der Sitzung sprach Ehrenvorsitzender Haubold dem Direktorium und der Gesellschaft seinen Dank für die ihm und seiner Gattin zur silbernen Hochzeit dargebrachten Ehrungen aus.

— Heimatschutzvorträge. Diesen Sonnabend, den 28. November, beginnt im Schützenhaus die Vortragsreihe des Landesvereins Sächsischer Heimatschutz mit dem Filmvortrag: „Mit den Jugvögeln nach Afrika", den Studienrat Professor Dr. Neumann, Dresden, hält. Die Bestrebungen des Heimatschutzes verdienen es, daß sämtliche Kreise von Dippoldiswalde seine Vorträge besuchen.

— Von der Geschäftsstelle des Sächsischen Gemeindetages erfahren wir folgendes: Bekanntlich ist am 15. November die Frist abgelaufen, innerhalb deren die Treuhänder für die Anleihen der Gemeinden und Gemeindeverbände Anträge auf höhere Aufwertung zu stellen hatten. Besonders interessieren wird die Stellung, die der Treuhänder für die Stadt Berlin und den Provinzialverband Brandenburg eingenommen hat. Der Treuhänder hat lediglich den Antrag gestellt, die Tilgungsdauer für die Ablösungsanleihen, die anstelle der Markanleihen alten Besitzes auszugeben sind, von 30 auf 20 Jahre herabzusetzen. Einen weitergehenden Antrag hat er, wie er den Berliner Tageszeitungen mitteilte, nach eingehender und gewissenhafter Prüfung aller für die Beurteilung dieser Frage in Betracht kommenden Verhältnisse nicht zu stellen vermocht; maßgebend war für ihn letzten Endes die Erwägung, daß ein solcher Antrag unter den gegebenen Umständen notwendigerweise eine erhebliche neue Belastung der Steuerzahler nach sich ziehen müsse. Weiter wird mitgeteilt, daß in Preußen die gesamten Treuhänder nur bei etwa 3 Prozent der Gemeinden Anträge auf höhere Aufwertung gestellt haben. Es ist im Interesse der Wirtschaft, der Steuerzahler und der Konsumenten dringend zu wünschen, daß die in Preußen durchgedrungene Einsicht in die wirtschaftlichen Notwendigkeiten der Allgemeinheit auch in Sachsen nicht fehlt.

— Die Geschäftsstelle des Sächsischen Gemeindetages teilt uns folgendes mit: Der Vorstand der Vereinigung sächsischer Wohnungs- und Wohnungsschiedsämter hat in seiner letzten Sitzung zu der Frage des Wohnungsbaues Stellung genommen. Wenngleich der Wohnungsbau gegenüber den Vorjahren unleugbare Fortschritte aufweist, reicht er doch nicht aus. Die jetzt aus der Mietzinssteuer für den Wohnungsbau zur Verfügung stehenden Mittel von 10 Prozent der Friedensmiete reichen nach der einmütigen Ansicht des Vorstandes der Vereinigung nicht entfernt aus, um auch nur den laufenden Bedarf an Wohnungen zu decken, geschweige denn, um den Fehlbedarf aus früheren Jahren zu mindern. Deshalb muß mit größter Beschleunigung der für den Wohnungsbau bestimmte Teil der Mietzinssteuer auf die vom Finanzausgleichsgesetz vorgesehene Höhe von 20 Prozent der Friedensmiete gebracht werden, wobei die Frage noch offen gelassen wird, ob diese Höhe zur allmählichen Einholung des Fehlbedarfs im notwendigen Umfang ausreicht. Wenngleich man diese Erhöhung zweckmäßigerweise nicht auf einmal vornehmen wird, ist es doch erforderlich, daß möglichst schon vom 1. Dezember 1925 ab der für den Wohnungsbau bestimmte Teil der Mietzinssteuer von 10 auf 15 Prozent der Friedensmiete erhöht wird. Dabei wird darauf hingewiesen, daß in Preußen seit langem 14 Prozent in Hamburg 20 Prozent der Friedensmiete für den Wohnungsbau bestimmt sind. Der Vorstand der Vereinigung hat sich weiter gegen die Bestrebungen gewendet, die Verwaltung der Mietzinssteuer künftig einer zentralen Stelle zu übertragen. Die Verwaltung der Mietzinssteuer hängt so eng mit der allgemeinen örtlichen Förderung der Bautätigkeit zusammen, daß das Eingreifen einer Zentralinstanz, das zudem einen umständlichen Verwaltungsapparat und neue Beamten erfordert, hemmend wirken muß. Bisher haben die Gemeinden durch eigene Maßnahmen neben der Mietzinssteuer den Wohnungsbau gefördert. Beispielsweise haben sie neben der Bereitstellung billigen Bodens und von Mitteln der Sparkasse, wo es die Finanzlage irgend zuließ, auch städtische Mittel zur Verfügung gestellt. Es liegt auf der Hand, daß die freie Initiative der Gemeinden gelähmt wird, wenn eine zentrale Stelle den Wohnungsbau als ihre Aufgabe erklärt. Man wird zwar dem Umstande Rechnung tragen müssen, daß eine gewisse Verfügungssumme zugunsten von Orten mit geringfügigem Aufkommen an Mietzinssteuer, aber großer Wohnungsnot erforderlich ist. Diese ist aber durch Begründung eines Ausgleichsstockes möglich, dessen Errichtung der Sächsische Gemeindetag bereits vorgeschlagen hat. Doch muß der an den Ausgleichsstock abzuführende Teil der Mietzinssteuer sich in tragbaren Grenzen halten. Deshalb ist es notwendig darauf hinzuweisen, daß in Preußen, wo ein erheblicher Teil der Mietzinssteuer vom Staat verwaltet wird, die Verteilung dieses vom Staat verwalteten Teiles bei den Gemeinden starke Unzufriedenheit erregt hat.

— Die Verarmung der deutschen Wirtschaft. Krieg, Inflation und Steuerraubbau sowie der Dawes-Tribut wirken sich jetzt sichtbar aus. Von Tag zu Tag wird das Arbeitskapital der Industrie kleiner, da viele Betriebe — obschon zu einem gewissen Teile noch beschäftigt — mit mehr oder minder großen Verlusten arbeiten müssen; die finanziellen Kräfte beginnen nachzulassen. Arbeitslosigkeit, Arbeitsmangel stehen vor der Tür. Die Uneingeweihten können und wollen das nicht glauben, weil der Schornstein raucht, die Belegschaft zu tun hat. Deshalb scheint Aufklärung für alle nützlich zu sein. Bekanntlich gehört zum Fabrizieren „Geld", d. h. zum Ankauf der Rohstoffe, für Löhne und Unkosten sowie für das „Ziel", welches den Abnehmern gewährt wird. Das „Ziel", das ist das Ausleihen der Ware bis zu ihrer Bezahlung, beläuft sich zurzeit gewöhnlich auf 2—6 Monate. Aus der Inflation kamen die meisten Betriebe mit so geringem Betriebskapital heraus, daß sie aus eigener Kraft keine 30 Tage „Ziel" geben konnten. Sie nahmen ihre Zuflucht zum Kredit, den sie von Banken erhielten, oder sie veräußerten die letzten Bestände an Devisen, Wertpapieren usw. Hauptsache war, den Betrieb in Gang zu bekommen. Bei dem vorhandenen Warenmangel gab es zwar Bedarf und Aufträge genug, aber man arbeitete teilweise ohne den geringsten Nutzen und das kann auf die Dauer kein Betrieb aushalten. In diesem Augenblick begann gleichzeitig der Kampf des Staates, der Gemeinden um ihre finanzielle Selbsterhaltung, brutal und ohne Rücksicht auf den Ertrag. Steuern wurden in einer Höhe erzwungen, die nur durch rücksichtslosen Eingriff in die Substanz zu ermöglichen war. Für den Betrieb blieb kein Gewinn, die meisten Aktiengesellschaften blieben ein, zwei Jahre dividendenlos und werden es für die nächste Zeit auch weiterhin bleiben. Man half sich mit Kredit; der Warenwechsel kam zum alten Ansehen und ersetzte das Betriebskapital. Heute laufen für Warenschulden mehr Wechsel in Deutschland als jemals, und aller Geschäftsverlust wird durch die Länge der Wechsellaufzeit oder durch Prolongation versteckt. Die nächste Etappe der Industrie-Misere wird Zahlungsschwierigkeit durch unerfüllbare Wechselverpflichtungen, vielfacher Zusammenbruch, Arbeitsmangel und Arbeitslosigkeit sein. Die deutsche Wirtschaft wird jetzt gewaltsam, ohne die Möglichkeit, sich mit weiteren Aushilfsmitteln zu besassen, vor die rauhe Wirklichkeit gestellt werden, mehr und billiger zu erzeugen. Aus Selbsterhaltungstrieb wird der Arbeitswille aller Beteiligten wachsen müssen, die Anpassung an deutsche Not einzutreten haben. Nur mit offenem Verständnis für unsere Lage überwinden wir die Zeit und gelangen wir zu neuem Aufstieg, wenn wir aus der Not eine „Tugend" machen, wie der Deutsche früher sagte, und was er heute vergessen hat. Lassen wir uns deshalb nicht aus der Ruhe und Ordnung bringen; denn Not macht auch erfinderisch!

— Montag morgen gegen 6 Uhr entgleiste auf dem Bahnhof Wettiner Straße in Dresden eine Lokomotive und legte sich quer über die anderen Schienenstränge. Bis gegen ½12 Uhr war der gesamte Verkehr zwischen Altstadt und Neustadt unterbrochen. Alle Züge aus der Richtung Berlin, Breslau oder Leipzig kamen mit großen Verspätungen auf dem Hauptbahnhofe an, ebenso konnten umgekehrt die Züge ab Hauptbahnhof nach Neustadt nur mit bedeutenden Verspätungen abgelassen werden.

— Die Stadt Dresden hat durch Vermittlung der Bankfirmen Lazard Speyer-Ellissen, Frankfurt a. M. und Bondi- und Maron, Dresden, mit den Herren Speyer & Co. New-York als Führer eines amerikanischen Bankenkonsortiums und den Herren Gebr. Teixeira de Mattos, Amsterdam, die eine holländische Bankengruppe vertreten, eine 7 %ige 20jährige amortisable bis 1935 unkündbare Auslandsanleihe im Betrage von 5 000 000 Dollar abgeschlossen. Der Erlös der Anleihe dient lediglich werbenden Zwecken.

— Aus Schandau war berichtet worden, daß seit 14 Tagen der Bürgermeister der Gemeinde Goßdorf namens Otto Menge nach Aufdeckung einer Unterschlagung von Gemeindegeldern in der Höhe von 3 600 M. flüchtig sei. Die Gendarmerie der Grenzstadt Bodenbach hat nun Menge verhaftet, als er in verdächtiger Weise ein Fahrrad verkaufen wollte. Es stellte sich heraus, daß Menge, der der kommunistischen Partei angehörte, sich schon seit seiner Flucht in Nordböhmen aufhält.

Reichstädt. Während der Vakanzzeit im Pfarramt — nach Weggang des Pfarrers Herz bis zum Einzug des Pfarrers Porstendorfer — hat Pfarrer Wächter die Vertretung. Alle Amtshandlungen sind zunächst dem Kirchvater, Schuhmachermeister Enderlein, zu melden, der dann jede nötige Auskunft erteilt (z. B. Taufen, Beerdigungen usw.).

Schmiedeberg. Am Sonntag abend hielt der Turnverein D.T. in der Schulturnhalle ein Schauturnen ab, zu dem sich eine große Anzahl von Zuschauern eingefunden hatte. Der Ehrenvorsitzende, W. Müller, richtete als Einleitung kurze Worte der Begrüßung an die Anwesenden und brachte anläßlich des Totensonntages den heimgegangenen Turnern ein ehrendes Gedenken zum Ausdruck, die bei Lebzeiten mit Freude und Hingabe am Ausbau des deutschen Turnwesens in Liebe und Opferfreudigkeit mitgearbeitet haben, das gilt zum großen Teil denjenigen, die ihr Leben im Kriege dahingeben mußten. Im Anschluß an diese Begrüßung rollte sodann die Vortragsfolge ohne große Zwischenpausen in abwechselungsreichen Bildern vor den Augen der Zuschauer vorüber. Knaben und Mädchen begannen mit wunderhübschen, den kindlichen Gemütern und Leistungsfähigkeiten entsprechenden Frei- und Geräteübungen, die in ihrer Ausführung als sehr gut bezeichnet werden konnten. Hierauf folgten Freiübungen der Turner sowie Riegenturnen am Barren und Stützreck. Die Turnerinnen führten Frei-, Hüpf- und alsdann Langstabübungen vor. Auch ihre Gruppenübungen am Pferd waren von guter Wirkung. Humorvoll wirkten die flinken und lustigen Sprünge einiger Turner am Kasten und Bock. Fünf Turnerinnen boten darauf ein recht anmutiges Bild durch mustergültiges Keulenschwingen in sauberer, turnerischer Haltung. Als Abschluß der Darbietungen führte eine Turnerriege recht staunenswerte schwierige Uebungen am Hochreck vor Augen. Die saubere Ausführung in Technik und guter Körperhaltung dürfte wohl die Erwartungen der Zuschauer übertroffen haben, was auch der lebhaft gespendete Beifall bezeugte. Turnwart Lehrer Engelmann nahm zum Schlusse noch Gelegenheit allen denen zu danken, die durch ihre Mühewaltungen zu dem schönen Erfolge mit beigetragen hatten, in Sonderheit dem Bezirksturnwart Kadner, sowie allen Vorturnern. Im Hinweis auf die alten Turnväter, die als mustergültige Vorbilder dienen mögen, zum Wohle unseres Volkes, schloß er mit den Worten: „Was du ererbt von deinen Vätern, erwirb es, um es zu besitzen".

Kreischa. Am Sonntag, den 22. November, unternahm die Ortsgruppe Dresden des „Riesengebirgsvereins" (Landesgruppe Sachsen) eine Familienwanderung ins Lungkwitztal. Man erstieg von Lungkwitz aus den Wilisch, wanderte hinab zur Teufelsmühle, auf dem „Bernhardswege" nach Hausdorf ins Müglitztal—Häslich, um von hier die Rückfahrt nach Dresden anzutreten.

Kreischa. Der Gemeinderat beschloß, von der für das Jahr 1926 geplanten Abhaltung eines „Heimatfestes" abzusehen, da solche Feste bedeutende Zuschüsse erforderten und die voraussichtlich noch weiter anhaltende wirtschaftliche Krisis hierfür nicht gerade geeignet erscheint.

Meißen. Die Um- und Erweiterungsbauten bei der Meißner Porzellanmanufaktur, die seit fünf Jahren im Gange sind, sind jetzt im großen und ganzen beendet. Der Geschäftsgang leidet infolge des Nachlassens der Nachfrage für Luxusporzellan, und die Manufaktur muß daher seit geraumer Zeit bereits zum Teil auf Lager arbeiten. Gegenwärtig ist eine Belegschaft von 950 Personen beschäftigt. Ueber 30 000 Modelle sind zurzeit im Betrieb. Die immer wieder auftauchenden Gerüchte, daß ein Verkauf der Manufaktur an Privatkreise beabsichtigt sei, sind noch genau so unbegründet wie früher.

SLUB
Wir führen Wissen.